

8. Wahlprogramme – Eine gute Grundlage für Wahlentscheidung und Koalitionsverhandlungen?

Unsere Ergebnisse zu den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien zur Wahl 2021 verweisen darauf, dass die Parteien sich durchaus in einem Wettbewerbsverhältnis zueinander sehen und sich klar unterschiedlich positionieren. Ganz allgemein haben sich die Parteien ideologisch deutlich voneinander abgesetzt. In der sozioökonomischen Dimension gibt es zwei klare Lager eher staatsinterventionistischer und eher marktliberaler Parteien. Die Reihung der Parteien ist dabei wie erwartet mit der Partei Die Linke, der SPD und den Grünen auf der staatsinterventionistischen Seite und auf der marktliberalen Seite CDU/CSU, FDP und schließlich die AfD. In der neueren kulturellen Konfliktlinie liberal-progressiv gegen autoritär-konservativ sind die Pole ebenfalls besetzt durch Die Linke auf der einen und die AfD auf der anderen Seite. Anders als in der sozioökonomischen Dimension sind hier aber Grüne, SPD und FDP alle im liberal-progressiven Lager und nur die CDU/CSU liegt auch auf der autoritär-konservativen Seite dieser Dimension. Aus dieser Perspektive lässt sich festhalten: es gibt durchaus eine Angebotsvielfalt und damit für die Wähler:innen eine Wahlmöglichkeit.

Betrachtet man die Versprechen zu den von uns untersuchten vier zentralen Politikzielen, die sowohl Zukunftspolitiken als auch zentrale Aspekte der Gesellschaftspolitik abdecken, genauer, so ergibt sich ein etwas komplexeres und differenzierteres politisches Bild, sowohl was Positionierungen als auch was die Inhalte angeht. Alle vier Politikziele spielen in den Wahlprogrammen eine Rolle, aber in recht unterschiedlicher Weise. Die Wichtigkeit, gemessen an dem Raum, den die Politikziele in den Wahlprogrammen einnehmen, ist unterschiedlich. Bildungsgerechtigkeit ist im Durchschnitt über die Programme der sechs Parteien hinweg am wichtigsten, dicht gefolgt von der Verkehrswende.

Nur halb so wichtig wie diese beiden Politikziele ist den Parteien im Durchschnitt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen wiederum nimmt nur halb so viel Raum ein, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach Parteien betrachtet, ergeben sich aber deutlich andere Schwerpunktsetzungen für einzelne Parteien.

Für die Union liegt die Verkehrswende in der Salienz an erster Stelle, gefolgt von der Bildungsgerechtigkeit. Nicht überraschend ist auch für die Grünen die Verkehrswende das mit Abstand wichtigste unter den vier Themen, und für sie deutlich wichtiger als für die CDU/CSU, mit der die Grünen auch das zweitwichtigste Thema teilen: die Bildungsgerechtigkeit. Bei der SPD steht die Bildungsgerechtigkeit an erster Stelle, gefolgt von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die FDP stellt Bildungsgerechtigkeit unter den vier Themen an die erste Stelle. Auf Platz zwei folgt bei ihr dann aber die Verkehrswende. Diese Rangfolge trifft ebenfalls auf die Partei Die Linke sowie die AfD zu.

Auch im Konkretheitsgrad der Versprechen unterscheiden sich die Politikziele. Je konkreter ein Versprechen ist, desto einfacher ist später nachzuvollziehen, ob es auch eingelöst worden ist. Aber er zeigt auch an, wie intensiv sich die Parteien bereits mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf folgen die parteipolitischen Unterschiede am meisten der klassischen Rechts-Links-Einteilung der Parteien. Die linken Parteien werden hier konkreter als die rechten Parteien. Bei den anderen Politikzielen zeigt sich kein so klares Bild. Am geringsten sind die Unterschiede zwischen den Parteien bei der Verkehrswende, bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind sie am größten.

Wiederum gibt es hier auch parteispezifische Profile. Die CDU/CSU hat gemessen an allen Versprechen in den vier Politikfeldern lediglich einen Anteil von 13 Prozent konkreter Versprechen, die Partei Die Linke bringt es hingegen auf 42 Prozent, die anderen Parteien liegen dazwischen.

Bezogen auf diese vier zentralen Politikfelder zeigen sich damit deutlich unterschiedliche Profilierungen der Parteien, was wiederum den Wähler:innen (Aus-)Wahlmöglichkeiten lässt. Differenzierung ist für den politischen Wettbewerb gut, könnte aber Koalitionsverhandlungen schwierig machen. Allerdings stellen die Parteien zum Teil recht ähnliche Zielsetzungen auf und machen ähnliche Versprechen. Über alle vier Politikfelder hinweg ergeben sich gleiche oder ähnliche

Zielsetzungen am häufigsten zwischen Grünen und der Partei Die Linke, insgesamt bei 38 Versprechen, und am zweithäufigsten zwischen SPD und der Partei Die Linke bei 32 Versprechen. Substantielle Koalitionsmöglichkeiten in diesen vier Bereichen allein reichen aber für eine Koalitionsbereitschaft nicht aus. Der Koalition mit der Partei Die Linke wurde von den Parteien SPD und Grüne im Vorfeld eine Absage erteilt¹. Die aus dem Wahlergebnis möglichen Koalitionen waren damit in jedem Fall Dreierkonstellationen ohne Die Linke, da auch eine Koalition von Union und SPD vorher bereits abgesagt wurde. Jamaika, das potentielle Bündnis aus Union, FDP und Grünen, kann auf insgesamt 35 gleiche oder sehr ähnliche Versprechen von mindestens zwei der Parteien verweisen, für die Ampel ergeben sich 39 derartiger Versprechensüberschneidungen und dabei noch am meisten Übereinstimmungen zwischen SPD und Grünen.

Die Wahlprogramme haben daher aus der zweifachen Perspektive – Wahlmöglichkeit für die Wähler:innen zwischen Alternativen und Möglichkeit der Parteien auf der Grundlage der Wahlprogramme miteinander über eine Koalition zu reden – ihre Funktion bei der Bundestagswahl 2021 erfüllt. Damit stellt sich die Frage, was die Parteien daraus gemacht haben.

1 Siehe hierzu z.B. <https://www.fr.de/politik/bundestagswahl-scholz-spd-gruen-e-linke-koalition-linksbuendnis-news-90961609.html>; <https://www.rnd.de/politik/annalena-baerbock-absage-an-rot-rot-gruen-gruenen-kanzlerkandidatin-sieht-bei-der-linken-keine-BHUV6OJADBFI7RZ4X2LHSSQ.html>; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/koalition-linkspartei-bundestagswahl-100.html> (alle abgerufen am 13.04.2022).

